Nummer 263 Halle, Dienstag, 5. September 1922 57. Jahrgang
Einzelpreis 5 Mark.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 65.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 64.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 6.00, im auswärtigen Verkehr Mark 8.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 15.00 im Ortsverkehr und Mark 25.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammel-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung. Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monate zum Schluß des laufenden Monates zulässig.

Ein Schritt Amerikas.

Verhandlungen mit leitenden europäischen Banken? / Beginn der Völkerbundtagung. / Griechenland räumt Kleinasien. / Abkommen mit den Beamtenverbänden: 30 Prozent Aufbesserung.

Frankreich und Stinnes.

Paris, 4 September. (Eigene Drahtmeldung.) Der französische Senator de Lubersac erklärte dem „Echo de Paris" über seine Verhandlungen mit Stinnes: Am 13. August fand eine Zusammenkunft in der Nähe von Mainz statt, in der Lubersac als Vertreter der französischen Wiederaufbaugenossenschaften und Stinnes als Lieferant von Materialien für den Wiederaufbau erschienen waren. Es handelte sich hauptsächlich um Ziegel, Zement, Kalk usw. Die Einleitung zu dem Vertrage lautet: In einer Zusammenkunft zwischen Lubersac und Stinnes legte jener die besonders kritische Lage dar, in der noch heute die französischen Geschädigten in den zerstörten Gebieten sich befinden, die noch ohne Obdach geblieben sind. Er erklärte, daß es auf die deutsch-französischen Beziehungen eine beruhigende Einwirkung haben könne, wenn Deutschland an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete wirksamen Anteil nehme. Stinnes schloß sich den Anschauungen Lubersacs an und wollte auch seinen Wunsch bekunden, an diesem Wiederaufbau mitzuarbeiten, weshalb er mit Lubersac die Abmachungen treffe. Es handelt sich um einen Vertrag, der, wenn er von beiden Seiten loyal durchgeführt wird, den Wiederaufbau beschleunigen könnte. Das erste Ergebnis der Unterzeichnung dieses Vertrages besteht in der Bildung eines Verwaltungsrates der kooperativen Genossenschaften und in der Schaffung eines Naturallieferungsbureaus.

Rücktritt Bradburys?

Aus englischen Blätterstimmen ist zu entnehmen, daß das englische Mitglied der Reparationskommission, Sir John Bradbury, sich mit Rücktrittsgedanken trägt. Aber er hat nicht die Absicht, die von ihm begonnene Aufgabe einer Lösung des Reparationsproblems, [illegible] dem Aroma der Schmalzkuchen, dazu möchte ungehemmt durch [illegible] Troubadour, von rechts „Komm [illegible]" verfolgen. Diese gehen [illegible] mal auf die Verwirklichung einer Abgrenzung der Reparationen und die zweckmäßige Kürzung der alliierten Schulden untereinander. Zunächst liegt ihm daran, den deutsch-belgischen Garantievertrag zu fördern. Es ist kein Geheimnis, daß er bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin schon sehr eingehend mehrere Möglichkeiten mit den deutschen Staatsleitern durchgesprochen hat, wie man die an Belgien zu gebenden Schatzwechsel evtl. sichern könne. Bradbury scheint als praktischer Politiker dabei an Möglichkeiten gedacht zu haben, die uns nicht zwingen, Reichsbankgold ins Ausland zu überführen.

Heute beginnen die Verhandlungen mit den belgischen Delegierten, und Sir John hofft, daß diese Verhandlungen sehr rasch zum Ziele führen. Sollte er so gut vorgearbeitet haben, daß es sich hier nicht nur um eine Hoffnung handelt?

Der türkische Vormarsch.

Beschleunigte Einberufung der Orientkonferenz.

Paris, 5. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Griechen geben die schwere Niederlage, die sie in den letzten Tagen erlitten, nunmehr offiziell zu. Nach einer Smyrnaer Meldung der „Daily Mail" erklärte der griechische Oberkommissar in Kleinasien bereits am letzten Sonntag dem Konsul der Alliierten und der Vereinigten Staaten, daß Griechenland Smyrna mit Sack und Pack räumen wolle. Es müsse aber ein freier und unabhängiger Abzug gewährt werden; außerdem auch für die 800 000 Griechen, Armenier und Circassier, deren Schutz Griechenland in Kleinasien übernehmen mußte. Der Konstantinopeler Korrespondent der „Chicago Tribune" meldet, daß der türkische Sieg in Kleinasien nunmehr in eine wahre Metzelei ausartet. Die griechische Armee sei in zwei Teile gespalten. Der letzte türkische Sieg bestehe in der Einnahme von Ushak. Es war eine der größten Schlachten während dieses Krieges. Der Kampf dauerte 48 Stunden ohne Unterbrechung fort. Die Türken verwendeten zum ersten Male sieben Tanks, ferner zahlreiche Kanonen von 75 Millimeter Kaliber.

Paris, 4 Septmber. Zwischen der englischen und der französischen Regierung hat neuerdings ein Notenwechsel über eine Intervention im griechisch-türkischen Konflikt stattgefunden. Die britische Regierung teilt in ihrer Note mit, daß sie die italienische Regierung gebeten habe, die in Aussicht genommene Konferenz in Venedig so bald wie möglich, jedenfalls aber noch im September einzuberufen.

Venizelos taucht wieder auf.

London, 4. September. Evening Standard berichtet, daß die griechische Regierung an die Alliierten herangetreten sei, um einen Waffenstillstand im griechisch-türkischen Krieg herbeizuführen. In maßgebenden Kreisen in London werde erklärt, daß sowohl die Lage der Griechen in Smyrna wie auch die innere Lage in Athen sehr schlecht sei. Vielleicht würden die Griechen Kleinasien freiwillig räumen. Die Stellung der Athener Regierung sei kritisch. Venizelos habe eine Einladung erhalten, nach Athen zurückzukehren. Zahlreiche griechische Blätter forderten den Rücktritt der Regierung.

New York, 5. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der Vertreter der „United Preß" in Washington meldet: Die Vereinigten Staaten haben den ersten Schritt unternommen, um in die wirtschaftlichen Angelegenheiten Europas einzugreifen. Dieser Schritt soll darin bestehen, daß die amerikanische Regierung bereits offiziös mit großen europäischen Banken Verhandlungen angeknüpft haben soll, um gemeinsame Schritte zur Stabilisierung des deutschen Wechselkurses zu unternehmen. Es ist möglich, daß aus diesen Besprechungen die Einberufung einer großen internationalen Konferenz hervorgeht. Die Verhandlungen wurden auf Veranlassung des Präsidenten Harding vor einiger Zeit begonnen und zwar besonders mit den Banken der Länder, deren Wechselkurs dem Dollar sehr nahe steht, also England, die skandinavischen Länder und Spanien. Die Regierung hat den amerikanischen Finanziers noch keinen endgültigen Plan vorgelegt, aber in gut informierten Kreisen glaubt man, daß die Washingtoner Regierung nunmehr ernsthafte Schritte unternehmen wird.

Der Fernbrief 10 Mark!

Unsere [illegible] daß die [illegible]

Die Erhöhung der Postgebühren. — Verbilligung des Betriebs.

Der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium begann am 4. September eine mehrtägige Sitzung, um zur neuen Gebührenvorlage Stellung zu nehmen. Der Minister bedauerte, daß die Verhältnisse dazu zwängen, jetzt wieder die Gebühren zu erhöhen. Unter dem Zwange der Verhältnisse wäre es unmöglich, die zuerst vorgesehenen Erhöhungen, die bei den riesenhaft angeschwollenen Ausgaben nicht mehr ausreichen, beizubehalten. Er forderte im Einvernehmen mit der Reichsfinanzverwaltung jetzt den Zehnmarktarif für den Fernbrief. Ministerialdirektor Ronge ging auf die Anregungen des 27. Ausschusses des Reichstages ein. Die Betriebsbehörden lehnten eine höhere Gewichtsgrenze als 250 Gramm ab. Ein einheitlicher Tarif für Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere sei aus technischen und finanziellen Gründen undurchführbar. Die Beförderung offener Briefe könne wegen der finanziellen katastrophalen Wirkung nicht ernsthaft erörtert werden. Der Fehlbetrag des Etats von 30,3 Milliarden müsse gedeckt werden. Die Taxen der Post müßten mit denen der Eisenbahn möglichst in Uebereinstimmung gebracht werden; die Post würde der niedrigen Tarife wegen mit Paketen überflutet. Da die Einnahmen aus dem Zeitungsverkehr sehr gering seien, wolle man die Zeitungsbestellgelder wieder einführen. Dem Verkehrsbeirat werde demnächst eine Vorlage zugehen, die eine Vereinfachung des Apparates bei neuen Gebührenfestsetzungen bringe. Für die Post seien ähnliche Verhältnisse wie bei der Eisenbahn zu erstreben, der Verkehrsbeirat setze sich auch aus Vertretern jeder Reichstagsfraktion zusammen. Deshalb könne der 27. Ausschuß des Reichstages entbehrt werden.

Geheimrat Held hält besondere Taxen für Minderbemittelte für nötig und fordert, daß die Post für ihre vielfachen sozialen und sonstigen Leistungen besser entschädigt werde. Ministerialrat Sauter gibt Auskunft über die Maßnahmen der Postverwaltung zur Sanierung des Betriebes. Der Vereinfachungsausschuß, unter dem Vorsitz des demokratischen Abg. Delius, leiste gute Arbeit und habe bereits gute Vorschläge zur Verbilligung des Betriebes unterbreitet. Von Mitgliedern des Beirats wurden größere Mittel zu technischen Verbesserungen verlangt. Ebenso wünschte ein Mitglied Klarheit über den wirklich notwendigen Personalbedarf und über die überflüssigen Kräfte. Gegenüber den Vorwürfen über den zu großen Verwaltungsapparat erklärte der Staatssekretär, daß er jetzt 4,1 Proz. gegen 4,5 Proz. im Jahre 1913 der gesamten Personalausgaben betrage, angesichts der Vermehrung des Personals also nicht zu groß sei. Die Streichung aller höheren und Aufsichtsbeamten würde nicht mehr als 1½ Milliarde ersparen. Man hoffe außer den 9000 Beamten, die an die Reichsfinanzverwaltung abgegeben würden, noch weitere 6000 an andere Behörden zu überführen. Besondere Tarife für Minderbemittelte, die von einer Seite verlangt worden waren, wurden von der Postverwaltung als technisch undurchführbar bezeichnet. Damit war die Generaldebatte beendet.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete von Siemens feiert am 5. September seinen 50. Geburtstag. Ein würdiger Erbe seines genialen Vaters, leitet er den Siemenskonzern. Mustergültig sind seine Siedelungen für Arbeiter und Angestellte. Auch den Stifterverband der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hat er gegründet.

Der „Gentlemenklub" in Genf.

Zum dritten Male seit der Gründung der Liga der Nationen tritt in Genf der große Völkerbundskongreß zusammen. Einen wenig schönen Auftakt zu dieser Tagung bildete der Beschluß der letzten Sitzung des Völkerbundsrates, der trotz warnender Stimmen von verschiedenen Seiten die freie Stadt Danzig zu einem polnischen Explosivstofflager macht. Dieser Beschluß war nicht nur ein Faustschlag gegen den kleinen Ostsee-Freistaat von Völkerbundsgnaden, sondern auch gegen das von ihm abgetrennte deutsche Mutterland, und es ist schwer verständlich, wie da die Stimmung aufkommen soll für eine Behandlung der Frage in der Völkerbundsversammlung: Soll Deutschland in den „Gentlemanklub von Genf" (ein französisches Schlagwort) aufgenommen werden? Die deutsche Regierung hat bekanntlich von England durch Lord Robert Cecil den Rat erhalten, doch mal versuchsweise einen Antrag auf Aufnahme einzureichen, und zwar so rechtzeitig, daß man in der jetzigen Septembertagung darüber verhandeln könne. Reichskanzler Wirth hat den vielleicht ganz gut gemeinten britischen Rat nicht befolgt, und er wird seine Gründe dafür haben. Solange der Ministerpräsident Frankreichs feindselige Reden hält, wie jetzt wieder zum Andenken an den Geschichtsforscher Sorel, wobei er das Deutschlandlied der Berliner Verfassungsfeier zum Anlaß einer wüsten Hetze nahm, solange die Pariser Zeitungen und die französisch beeinflußten Blätter der Völkerbundsstaaten mit dem Gedanken spielen, Deutschland weiter über den Versailler Frieden hinaus zu vergewaltigen, solange wird sich jede deutsche Regierung hüten, die Bitte um Aufnahme zu stellen, die vielleicht durch Mehrheitsbeschluß hochmütig abgelehnt oder mit neuen Bedingungen d. h. Demütigungen verknüpft wird.

Die deutsche Regierung hat statt des gewünschten Bittgesuches etwas anderes nach Genf eingesandt: einen neuen Protest gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet. Verlangt wird die Ersetzung dieser Truppen durch eine örtliche Schutzmannschaft, wodurch allein seinerzeit eine freie Abstimmung gesichert erscheint. Noch ein anderer Protest wäre angebracht: Gegen den Rest der letzten Sanktionen. Noch immer befinden sich alliierte Truppen in den rechtsrheinischen Städten, die nach der ersten Londoner Konferenz besetzt worden sind. Ueber die Ungeheuerlichkeit dieses Zustandes, für den auch nicht der Schatten eines Rechtsgrundes angeführt werden kann, braucht kein Wort mehr verloren zu werden. Ist es nicht ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Staat in ein Gesellschaftsverhältnis mit anderen Staaten tritt, solange diese mit Gewalt Teile seines Gebietes militärisch besetzt halten? Ständen die morgigen deutsch-belgischen Verhandlungen in Berlin nicht unter einem viel glücklicheren Stern, wenn der Völkerbund seine neue Tagung zum Anlaß nehmen wollte, für Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort das erlösende Wort zu sprechen? Aber, was kann aus Genf noch Gutes kommen? Unter allen deutschen Parteien besteht fast Einigkeit darüber, daß der Völkerbund in seiner jetzigen Form keine Hoffnung auf Segen ist. Die Entscheidungen über Eupen-Malmedy und Oberschlesien, die Verwaltung des Freistaats Danzig und des Saargebietes und so viele andere Dinge haben das Vertrauen zu diesem Völkerbunde gründlich untergraben. Ebenso einmütig besteht die Forderung, daß Deutschland als Großmacht, die es trotz seiner Entwaffnung und Zerstückelung kraft seiner Arbeitstüchtigkeit und seiner technischen Fähigkeiten ist, nicht einfach stummes Mitglied in einer Reihe mit der Republik Liberia werden kann, sondern den ihm gebührenden Anteil an der Leitung des Völkerbundes nehmen müßte. Die Aufnahme in den Völkerbundsrat allein würde dazu nicht ausreichen.

Die Satzungen sind derartig, daß die militärisch mächtigeren Staaten noch immer den ausschlaggebenden Einfluß besitzen und stets in der Lage sind, jede weniger mächtigen rechtlos zu machen. Auch zahllose andere Bestimmungen im Völkerbundsstatut sind für Deutschland unannehmbar, wie sie ja auch die Vereinigten Staaten verhindert haben, diesem Gebilde beizutreten, das schließlich nichts anderes ist, als ein Ausführungsorgan der Siegermächte zur Verewigung des Versailler Vertrages. Gewiß gibt es in Deutschland niemand, der nicht jedes Mittel dankbar benutzen würde, das geeignet erscheint, wirklichen Frieden und Entwicklungsfreiheit herzustellen. Deutschland ist jederzeit bereit, an einer Völkergemeinschaft mitzuarbeiten, die dem Rechtsgedanken und einer höheren Sittlichkeit die Wege ebnen will. Aber solange nicht der bestehende Völkerbund selbst seine Reformbedürftigkeit einsieht und neue Grundlagen für ein Friedenswerk der Völker schafft, möge er, wie jetzt in Genf, ruhig über Opiumsperre, Mädchenhandel und Esperanto diskutieren und Deutschland aus dem Spiele lassen. Wir kommen ohne den Völkerbund eher noch aus unserem Unglück heraus als mit ihm und in ihm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220905017/fragment/page=0001

Paris, 4. September. (Eig. Drahtmeldung.) Heute wurde die dritte Tagung des Völkerbundes in Genf von den Vertretern von 43 Staaten eröffnet. Nachdem man allerseits die Ueberzeugung gewonnen hat, daß Deutschland seine Zulassung nicht verlangen wird, glaubt man, daß die Hauptfrage der Verhandlungen die Kreditaktion für Oesterreich darstellen werde. Das „Journal" will wissen, daß man von Ungarn als Bedingung für die Aufnahme in den Völkerbund das Versprechen verlangen wird, auf seinem Gebiet niemals mehr irgend ein Mitglied der Habsburger als Herrscher zu dulden. Ferner verlautet, daß Lord Cecil der Versammlung einen Plan unterbreiten werde, in dem die Ernennung einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Untersuchungskommission in Vorschlag gebracht werde, welche eine Prüfung der Wirtschaftslage Deutschlands anstrengen will. Diese beabsichtigte Einmischung des Völkerbundes in das Reparationsproblem sei aber schon jetzt von verschiedenen Seiten abfällig beurteilt worden.

•

Genf, 5. September. Gestern nachmittag 4 Uhr trat die Vollversammlung nochmals zusammen, um die Wahl des Präsidenten vorzunehmen. Mit 42 von 44 abgegebenen Stimmen wurde der chilenische Gesandte in London, Edwards, zum Präsidenten der Versammlung gewählt, der mit Dank die Wahl annahm und in seiner Rede um die Unterstützung aller Mitglieder bei der schweren Arbeit bat. Nach Beendigung der Rede Edwards nahm die Versammlung die vorläufige Tagesordnung mit geringen Abänderungen an. Heute vormittag findet die nächste Sitzung statt, welche die Wahl des Vizepräsidenten vornehmen soll.

Die Septembergehälter der Beamten.

Berlin, 5. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge führten, wie die Tel.-Union hört, gestern in später Nachtstunde zu einem Einvernehmen vorbehaltlich der Zustimmung von Reichsrat und Reichstag dahin, daß vom 1. September ab eine Erhöhung der Gesamtbezüge gegenüber den Augustbezügen um rund 30 Proz. eintritt. Das Reichskabinett sowie die zuständigen Ausschüsse des Reichsrates und Reichstages werden im Laufe dieser Tage sich mit der Angelegenheit befassen. Zur Festsetzung des Lohnsatzes für die Arbeiter in Reichsbetrieben und der Reichsverwaltung werden heute die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium fortgesetzt.

Gegen das Schlemmerunwesen.

Erlaß des Staatsministeriums.

Als zweite der angekündigten Maßnahmen des preußischen Ministeriums des Innern im Kampf gegen Wucher und Schlemmerunwesen veröffentlicht der amtliche preußische Pressedienst die nachstehende, an die Regierungspräsidenten und sämtliche Ortspolizeiverwaltungen ergangene Verordnung:

„Die ernste wirtschaftliche Notlage des Volkes erfordert gebieterisch eine tunlichst weitgehende Einschränkung des Ausschanks von geistigen Getränken sowie des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus. Ich ordne daher folgendes an: a) hinsichtlich der Mitwirkung der Ortspolizeibehörden bei Anträgen auf Neubewilligung von Konzessionen nach § 33 der Reichsgewerbeordnung: Die Ortspolizeibehörden haben bei Erteilung ihrer gutachtlichen Aeußerung davon auszugehen, daß eine weitere Vermehrung der Schankstätten im Interesse der Allgemeinheit und einer gesunden Volkswirtschaft unerträglich ist, insbesondere wird die Bedürfnisfrage grundsätzlich zu verneinen sein. Nur in ganz besonders gearteten Ausnahmefällen kann mit Genehmigung des Regierungspräsidenten, dem vorher zu berichten ist, hiervon abgewichen werden. Wird von den Kreis- und Stadtausschüssen entgegen den Gutachten der Ortspolizeibehörden die Konzession erteilt, so hat die Ortspolizeibehörde in jedem Falle das zulässige Rechtsmittel unter gleichzeitigem Bericht an den Regierungspräsidenten einzulegen. Das Rechtsmittel kann nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten zurückgenommen werden.

b) Hinsichtlich der Mitwirkung der Ortspolizeibehörden bei Anträgen auf Bewilligung von Konzessionen für bereits bestehende Schankwirtschaften usw. an neue Inhaber: Die Ortspolizeibehörden haben, abgesehen von den sonstigen in Betracht kommenden Fragen genau zu prüfen, ob in Berücksichtigung der veränderten volkswirtschaftlichen Verhältnisse ein Bedürfnis für das Bestehenbleiben der Schankwirtschaft usw. noch vorliegt, oder ob nicht vielmehr in der in Frage stehenden Gegend eine Einschränkung der vorhandenen Schankstätten erforderlich ist."

D. Dryander tot.

Berlin, 5. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der langjährige frühere Ober-Hof- und Dompredigt Dr. von Dryander ist am Montag im Alter von 79 Jahren nach schwerer Erkrankung verstorben. — Der 1843 in Halle als Sohn des hiesigen Stadtpfarrers geborene Ernst Dryander hat den größten Teil seines inhalts- und erfolgreichen Lebens als evangelischer Seelsorger in Berlin zugebracht. Er war Schüler der Latina in Halle. Vor wenigen Monaten hat er in verschiedenen deutschen Tageszeitungen und Zeitschriften von seiner Jugend, die er in Halle verlebte, erzählt. Er studierte in Halle und Tübingen. Abgesehen von einer zehnjährigen Tätigkeit in Torgau und Bonn hat er von 1870 bis 1872 und dann wieder seit 1882 in der Reichshauptstadt gewirkt. Sehr eng waren seine Beziehungen zur früheren kaiserlichen Familie, denn bereits 1870 war Dryander zum stellvertretenden Schloßpfarrer ernannt worden, 1898 war er in das Amt des Oberhofpredigers eingerückt. Auch der Familie Bismarck hat der Verstorbene als Seelsorger nahegestanden. Im kirchlichen Leben Preußens ist Dryander an erster Stelle führend tätig gewesen, besonders im Evangelischen Oberkirchenrat, dessen Vizepräsident er von 1906—1918 war. Bei Gelegenheit seines goldenen Dienstjubiläums 1920 war Dryander von der Universität Halle-Wittenberg zu dessen Ehrenmitglied ernannt worden. Im August d. J. hat der 79jährige sein Predigeramt niedergelegt. Aber lange Ruhezeit von der Arbeit seines Lebens ist ihm nicht beschieden gewesen; bereits einen Monat nach der Pensionierung hat er die Augen zum ewigen Schlummer geschlossen. Die Erinnerung an den feinen, klugen Kopf, an den geistvollen packenden Kanzelredner, an den tüchtigen Führer der evangelischen Kirche wird der allen, die ihn gehört oder persönlich gekannt haben, unauslöschlich bleiben.

Der alte Bergarbeiterverband im Ruhrrevier lehnte die weitere eventuelle Ausdehnung des Ueberschichtenabkommens ab, da bei der physischen Beschaffenheit der Bergarbeiter die Durchführung des am 1. September in Wirksamkeit getretenen Ueberarbeitungsabkommens hier und da auf gewisse Schwierigkeiten stößt.

Aus der Heimat

Tagung des mitteldeutschen Handwerks.

Weimar, 4. September.

Aus allen Gauen Thüringens, Anhalts und der Provinz Sachsen waren die Vertreter des Handwerks nach Weimar gekommen zu ernsten Beratungen und zu festlichem Beisammensein. Dem Begrüßungsabend am Sonnabend folgte am Sonntag vormittag im überfüllten Nationaltheater die Festversammlung. Es sprachen Dr. Schild von der deutschen Handwerksgewerbekammer in Hannover über „Das Handwerk in der deutschen Wirtschaft" und Dr. Vogeler vom mitteldeutschen Handwerkerbund Erfurt über „Das Handwerk als Quell des Nachwuchses". Am Nachmittag bewegte sich, vom herrlichsten Wetter begünstigt, ein prächtiger Festzug des Thüringer Handwerks mit mehr als 30 Wagen, die die Tätigkeit der Innungen und Gewerbe darstellten, durch die von dichten Menschenmassen umsäumten Hauptstraßen der Stadt. Eine Festvorstellung des „Freischütz" im deutschen Nationaltheater beendete die Versammlung. Am Montag begann die Haupttagung der mitteldeutschen Handwerker.

Peißen. (Selbstmord.) Sonntag vormittag fand der Streckenwärter in der Nähe des Gütergeleises der Halle-Gubener Bahn zwischen Peißen und Stichelsdorf eine männliche Leiche, daneben im Gebüsch ein Fahrrad und außerdem einen Revolver und eine Zigarettentasche. Am Nachmittag wurde die Leiche von einer hallischen Gerichtskommission aufgehoben und nach der Leichenhalle in Peißen gebracht. Der Tote hatte einen Kopfschuß. Die Kugel ist durchgeschlagen und nicht gefunden worden. Unterdessen ist der Tote von seinen Angehörigen ermittelt und wird am Dienstag auf dem Friedhof beerdigt. Die Staatsanwaltschaft hat die irdischen Ueberreste des Selbstmörders freigegeben. Er stammt von auswärts und hat sich am Sonnabend abend gegen 8 Uhr selbst den Tod gegeben.

Wettin. (Kampf mit Felddieben.) Bei Wettin kam es zwischen Schutzpolizei und Felddieben zu einem Feuergefecht. Es gelang dabei, einen der Diebe festzunehmen. Bei Durchsuchung seiner Wohnung beschlagnahmte man für 30 000 M. gestohlenes Getreide.

Merseburg. (Die Realsteuern.) Die von den städtischen Körperschaften beschlossenen Realsteuern sind genehmigt worden. Es gelangen somit zur Erhebung: Gewerbesteuer Klasse 1 und 2 = 3000 Prozent, Klasse 3 = 2500 Prozent, Klasse 4 = 1000 Prozent; Grundwertsteuer für bebaute Grundstücke 3000 Prozent, unbebaute 12 000 Prozent; Betriebssteuer 15 000 Prozent.

Torgau. (Todbringender Ringkampf.) In Kleinleipisch ahmten zwei junge Männer von zwanzig Jahren einen Ringkampf nach, den sie im Varietee gesehen hatten. Dabei wurde der Arbeiter Schmidt bei einem Halbnelson am Nackenwirbel derart verletzt, daß er im Krankenhause starb.

Liebenwerda. (Fabrikbrand.) Die glastechnischen Werke Robert Schlegtanz in Neubobra wurden durch ein großes Feuer, das durch Selbstentzündung von Schmelzmaterial entstanden war, fast völlig zerstört. Der Schaden wird auf fünf Millionen Mark geschätzt, ist aber durch Versicherung gedeckt.

Falkenberg. Die Verwaltung der Bergbau A.-G. Ilse setzt 5000 M. aus für Ermittlung jener Exzedenten, die am 31. August auf den Gruben Renate-Eva, Ilse und Anna-Mathilde die Belegschaften unter Drohungen zwangen, die Arbeit einzustellen und auch die Fabrik Ilse durch Gewalttat gegen die Beamten und Arbeiter stillegten.

Naumburg. (Diebesbande.) Hier wurde mit Hilfe der Kriminalpolizei aus Erfurt eine fünfköpfige Diebesbande aufgehoben, die in den letzten Wochen in Thüringen namentlich zahlreiche Kontoreinbrüche verübt hat. Die Einbrecher wohnen in Naumburg und Bad Kösen.

Düben. (Die Millionen im Westenfutter.) Ein weit über die Grenzen seines Heimatortes Wellaune bekanntes Original, der Hundehändler Hermann Thieme, ist dieser Tage gestorben. Seine Hinterlassenschaft soll reichlicher ausgefallen sein, als allgemein vermutet wurde. In seiner Weste fand man 320 goldene Zwanzigmarkstücke eingenäht, die sich nach dem heutigen Kurse auf 1 600 000 Mark belaufen würden. Einen großen Teil davon dürfte aber wohl das Finanzamt in Beschlag nehmen.

Dresden. (Zusammenstoß.) Durch Zusammenstoß zweier Züge auf dem Bahnhof wurden eine Lokomotive und ein Wagen nicht unerheblich beschädigt. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß der eine Zug über die Verteilungsweiche hinausreichte. Mehrere Personen sind durch den Zusammenstoß leicht verletzt.

Neues
Wiener Journal
Größte internationale Tageszeitung.
Fernspr. 3631 u. 584
erscheinendes „Tagebuch" mit seinen kritischen Bemerkungen über politische und literarische Tagesfragen jeder Gebildete kennen muß: Felix Weingärtner, Moritz Rosenthal, Egon Friedell, Professor Max Graf, Oberstleutnant Seeliger usw.
Druck und Verlag: Lippowitz & Co.
Wien, Biberstraße 5.

Stadttheater Halle.

„Jedermann."

„Das Spiel vom Sterben des reichen Mannes." Erneuert von Hugo von Hofmannsthal.

Ein naives Spiel, früh-gotischen Kunstformen nachatmend; fast mutet es an, wie das versaulte Marionettenspiel eines alten gläubigen Meisters, der sich aus der bunten Selbstsucht der Tage in die stille Einsiedelei frommvertrauender Gläubigkeit geflüchtet hat. Hugo von Hofmannsthal, der die Anregungen zu seinen besten Dichtungen aus der Kunst der Antike, besonders der frühitalienischen Meister erhielt, hält uns im Spiel des reichen Mannes den Spiegel des mühseligen Glückseligkeitsapparates vor Augen und enthüllt jedermann damit ein Stück der eigenen Wesensart. Auch hier, wie in Der Tor und der Tod, liegt ein Hauch von Kühlheit, der Dichter steht nicht als Mensch in allem Irren, allem Leid, aller Lust und Freud, sondern abseits als stiller, wehmütiger Beschauer, als Aesthet, der die inneren Beziehungen zur Um- und Mitwelt verloren hat und über Raum und Zeit sich in Allewigkeiten, ins Zeitlose hinüberspinnt. Leid und Glück sind ihm Wechselspiel des Tages, er sieht hindurch, sieht in sich selbst zu tiefst das ewige Blühen und Verwesen, das Hier und Dort, das Einst und Jetzt und alle Unendlichkeit. Diese scheinbare Weltenferne aber ist unendlich tiefes Weltgefühl und ahnendes Erfassen der geheimnisvollen namenlosen Mysterien der Ewigkeiten. Die hierin atmende tiefe Religiosität, die nicht in den Begriffen dogmatischer Religionen spricht und darum nie lehrhaft oder unduldsam wird, grundiert stets sein Schaffen und wirkt gerade durch ihre Absichtslosigkeit, durch ihre Natürlichkeit überzeugend. In „Jedermann" steigt, wie auch in seiner Electra, die voll überhitzter blutgieriger Bestialität, ganz Tierweib voll Unnatur im Blute schwelgt, aus der ruhigen Geklärtheit und tiefen vertrauten Melancholie seines sonstigen Schaffens die Groteske der Entartung, der Vorstellungswelt einer kulturblinderen Zeit teufelskultbesangener, gefesselter Geistigkeit. Auch hier geht Hofmannsthal, ein Nachfühler und Nachempfinder aller Seltsamkeiten und Verdammnisse alter Kunstformen und Begriffe, in den Fußtapfen antiker Vorbilder. Der plötzliche grobnaturalistische Einschlag, der auch bei Schillern Rafaels, bei Giulio Romano und anderen zu finden ist, der Zug zu stark sinnlichem Leben, aber auch zum Grausen und zur Grausamkeit, scheint mir nur künstlerisches Experiment, der Einfluß Shakespeares ist leicht, besonders in der Bankettszene und in der Auseinandersetzung mit den Freunden vor dem Tore, zu erkennen. Auch der Humor, aus „Christinas Heimreise" schon bekannt, schwingt nahe an der Grenze des Grauens. Wenn Hofmannsthal in Jedermann seiner zart lyrischen Wortmusik Kürzere, tragische Akkorde aufzwingt, so ist er doch auch hier nicht Dramatiker, sondern Lyriker. Die anfänglich dramatisch akzentuierten Rhythmen kehren zuletzt wieder zum Melos wundervoller Wortmusik zurück und geben dem eigentlich dramatischen Affekt die zarte, sanfte Verschleierung verjährlicher Lösung. Das Wesen des Dramas kennt aber nicht die Ausflucht. In jeder scheinbaren Lösung enthüllt sich das neue Drama. Durch die Schleier wehmütiger Weisheit, geklärter Melancholie, durch das Wissen vom Leid, das an alle Liebe, an alles Erdenglück untrennbar geknüpft ist, sieht er aber die menschliche Tragödie aus hellen weichen Wolken mit tiefen Augen, die überwunden haben und die die scharfe Kälte der Wahrheit einhüllen in die warme Güte allumfassender Weltliebe. So nimmt er der Tragödie das Drohende, der Mystere das Lauernde und setzt an seine Stelle das Klärende, Erlösende, das ahnende Bewußtsein der Unendlichkeit, der Unsterblichkeit, die er mit heiligen geheimnisvollen Schauern fühlt und fühlen läßt.

Die Aufführung, von Intendant Dietrich in Szene gesetzt, verriet neben den für die breite Masse unerläßlichen Requisiten bühnenwirksamer Gestaltungskraft tiefes Eindringen in den künstlerischen Stoff, der bei oberflächlicher Behandlung die Gefahr nahe kommen läßt, daß neben reflektierende Alltagsphilosophie die Possenhaftigkeit grobmystischer Allegorien gestellt wird. „Jedermann" läßt sich natürlich im Rahmen eines Theaters geistig intimeren Charakters in ruhigerem Bilde geben. Für die breite Bühne aber scheint Intendant Dietrich den richtigen Ton zu finden, der voll und satt in den Farben, doch nicht über die Grenzen vornehmer Darstellung hinausgeht. Wir haben den Sinn verloren, der sich in der Welt feinsten hellenischen Symbolismus offenbarte und bedürfen schärferer Konturen, plastischerer Mittel, sprechender Allegorie. So erschienen Tod und Teufel, Göze Mammon, der Begriff des Glaubens, der Begriff der Werke in Zeichnungen, die sich der angezogenen Vorstellung unseres heutigen geistigen Durchschnittlebens anpassten. Die geschickten szenischen Veränderungen, die z. B. zu dem Bankett der Freunde mit einfachsten und vornehmsten Mitteln wundervolle Wirkungen schufen, lassen in Intendant Dietrich den Routinier auch der szenischen Gestaltung erkennen. Die Darstellung selbst, die sehr geschliffene Mittel an Sprachkunst und verhaltener, gebändigter Schauspielkunst erfordert, war anerkennenswert und in glücklichem Zusammenspiel durch geschickte Regie zu einer harmonischen Bildeinheit abgerundet. Den neuen Kräften, denen Herr Dietrich schöne und dankbare künstlerische Aufgaben jetzt, wollen wir erst später nähertreten, um einer künstlerischen Oxydation durch vorschnelle Kriterien nicht den Boden zu bereiten; schon heute aber darf betont werden, daß auch die dritte Aufführung unter der neuen Intendantur zu der erfreulichen Erwartung berechtigt, daß mit Herrn Dietrich und seinem Gefolge ein reger, frischer, aufbauender künstlerischer Geist ins Stadt-Theater eingezogen ist, der im Interesse des geistigen Lebens unserer Stadt allseits freudig begrüßt wird.

Sdt.

Niederdeutsche Woche in Bremen.

Von unserem B-Sonderberichterstatter.

Bremen, 4. September

Die alte Hansestadt Bremen steht seit Sonntag im Schmucke der rotweißen Bremer Fahnen, ist angefüllt mit einer großen in- und ausländischen Gästeschar, die die niederdeutsche Woche nach Bremen geführt hat. Dem deutschen Volke und dem Auslande zu zeigen, daß an der Wasserkante ein Menschenschlag sitzt, der eine alte, markige Kultur sein eigen nennen kann, der erfüllt ist von einer Zähigkeit, die selbst die trübsten Zeiten nicht zu brechen vermögen, das ist der tiefere Sinn der Niederdeutschen Woche. Daneben rührt Bremen für sich, für sein Kulturs- und vor allem für sein Wirtschaftsleben die Trommel; es macht Anspruch geltend auf die Stellung, die ihm als dem niederdeutschen Kulturzentrum und dem Sitz des Norddeutschen Lloyd zukommt.

„Machen wir, jeder Stamm für sich, die eigene engere Heimat stark, so machen wir auch das Ganze wieder stark." Diese Worte sprach Generalkonsul Roselius bei der Eröffnung der Niederdeutschen Woche, die in dem Hause der Bremer Kaufmannschaft in Anwesenheit des Reichspräsidenten, der Regierungsvertreter von Preußen, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Braunschweig, Hannover, Oldenburg, Westfalen, Lippe, Hamburg und Lübeck, der Vertreter der Stände und Vertreter der verschiedensten Gilden von Industrieen, Syndikaten, Politikern, Gelehrten, Künstlern, Pressevertretern des In- und Auslandes stattfand. Diese Worte klangen ebenso wider aus den beiden Reden, die der Reichspräsident bei der Eröffnung und bei der Gerhart Hauptmann-Feier, die der Eröffnung vorangegangen war, hielt. Die Gerhart Hauptmann-Feier sollte zeigen, daß die Niederdeutsche Woche keineswegs eine partikularistischen Zwecken entsprungene Veranstaltung ist, daß man zu Bremen Deutschlands größten Dichter feiert, als wäre er ein Kind Niederdeutschlands. Gerhart Hauptmann legte in seiner Rede ein glaubiges Bekenntnis zum Deutschtum ab; er hat das deutsche Volk, nicht den größten Mut zu verlieren, den es überhaupt gibt, den Mut des Duldens und Leidens.

Bei der Eröffnungsfeier überbrachten Professoren verschiedener Universitäten und die Vertreter der großen niederdeutschen Heimatverbände der Stadt Bremen ihre Grüße. Der Eröffnungstag fand seinen Abschluß mit dem Heimatfestspiel „Tausend Jahre Bremen". Wilhelm Brepes, der Verfasser des Festspiels, dramatisierte in Bänkelsängerart die Geschichte Bremens in Erinnerung. Die nächsten Tage werden wissenschaftliche und wirtschaftliche Tagungen, Vorträge, Konzerte, Führungen durch Ausstellungen, einen Hermann Löns-Abend, Volksfeste, Heimatabende, Trachtenfestspiele, eine Otto-Ernst-Feier und Sportspiele bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220905017/fragment/page=0002